

PROTOKOLL



Zu der auf **Freitag**, den **10.06.2016**, um 19:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses anberaumten **Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung** waren erschienen:

VON DER STADTVORORDNETEN-VERSAMMLUNG:

CDU-Fraktion

Büchler, Ruth
Frank, Elvira
Gutperle, Jürgen
Haas, Sigrid
Kempf, Bastian
Klee, Christoph
Kruhmann, Torben
Ringhof, Martin
Scheidel, Jörg
Schübeler, Norbert
Weiße, Tobias
Werle, Richard
Winkler, Christoph

Stv.-Vorsteher

SPD-Fraktion

Atris, Hussein
Baus, Michael
Brauner, Silke
Forg, Klaudia
Häfele, Andreas
Hanf, Alicia
Hofmann, Klaus
Rihm, Dieter
Dr. Ritterbusch, Jörn
Schäfer, Daniel
Wohlfart, Maximilian

UBV-Fraktion

Benz, Walter
Bleiholder, Rolf
Bleiholder, Urte
Migenda-Wunderle, Rosemarie
Nordmann, Rolf
Dr. Stülpner, Henrik
Toth, Anton
Wunderle, Bernhard

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Helbig, Marcella
Klee, Wolfgang
Winkenbach, Manfred
Zöller-Helbig, Helga

Fraktion Die Linke.

Altinalan, Tugce Sebnem
Weißenberger, Albert

FDP-Fraktion

Kammer, Bernhard
Jünemann, Ralf

WGV-Fraktion

Kempf, Beate
Kempf, Ralf

Entschuldigt fehlten Volker Ergler, Hannah Käser und Fernanda da Silva Augel.

.....

VOM MAGISTRAT:

Bürgermeister Matthias Baaß
Erster Stadtrat Jens Bolze
Stadtrat Gerd Brinkmann
Stadträtin Hedwig Fraas
Stadtrat Dieter Gross
Stadtrat Thomas Klauer (Ernennung bei (neu) TOP 16)
Stadtrat Helmut Kirchner
Ehrenstadtrat Heinz Rohrbacher
Stadtrat Hayrettin Vanli

Entschuldigt fehlten Stadträtin Jenny Dieter, Stadtrat Randoald Reinhardt, Stadtrat Günter Wolk und Stadtrat Klaus Ziegler.

ALS SCHRIFTFÜHRUNG:

Haas, Philipp Hauptamt - **Protokoll** -

VON DER VERWALTUNG:

Fleischer, Michael Hauptamt

VOM AUSLÄNDERBEIRAT:

Erdogan, Nurcan Vertreterin des Ausländerbeirats
Dr. Edusa-Eyison, Ebenezer Obo Ehrenvorsitzender des Ausländerbeirats

VON DER PRESSE:

Südhessen-Morgen
Viernheimer Tageblatt

ZUHÖRER:

6

Φ Φ Φ Φ

Stv.-Vorsteher Norbert Schübeler eröffnete um 19:00 Uhr die Sitzung, begrüßte alle Anwesenden und stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Plenums fest.

Gegen das Protokoll der konstituierenden Sitzung vom 29.04.2016 (Nr. 1/2016) gab es keine Einwände.

Er verkündete, dass TOP 15 „Vorstellung Energiebericht 2013-2014“ von der Tagesordnung genommen wird, da er im zuständigen Ausschuss Umwelt, Energie, Bauen nicht vorberaten werden konnte.

Zudem verwies er auf die ausgelegten geänderten Beschlussvorschläge zu den TOPs 7, 8, 10 und 11 sowie die Aufforderung zur Abgabe der Meldungen nach der Anzeigepflicht gemäß § 26 a HGO in Verbindung mit § 3 der Geschäftsordnung der Stadtverordneten-Versammlung der Stadt Viernheim.

- - -

TAGESORDNUNG:

1. Zusammensetzung der Kommission für städtepartnerschaftliche und internationale Beziehungen
 - a) Benennung der Vertreter der Stadtverordneten-Versammlung durch die Fraktionen (Benennungsverfahren)
 - b) Wahl der Sachkundigen Einwohner
2. Betriebskommission des Viernheimer Forums der Senioren
Wahl der sachkundigen Einwohner
3. Betriebskommission des Stadtbetriebes Viernheim
hier: sachkundige Einwohner
4. Personalratswahlen im Stadtbetrieb Viernheim - Dienstleistungen
hier: Änderung in der Zusammensetzung der Betriebskommission
5. Wahl der Vertreterin/des Vertreters der Stadt Viernheim in der Verbandsversammlung des Gewässerverbandes Bergstraße sowie der Stellvertreterin/des Stellvertreters
6. Vergleich im Verwaltungsstreitverfahren Stadt ./ Land Hessen (Hess. VGH 2 A 138/15) betreffend Sanierungsanordnung nach Bundesbodenschutzgesetz für ehemalige Chem. Reinigung, Rathausstr. 33 und Revisionsschacht 542 im städtischen Straßengrundstück
7. Richtlinien über die Vergabe von Zuschüssen aus Mitteln des Haushaltsplanes der Stadt Viernheim für Jugendgruppen bzw. Jugendverbände im Rahmen der Jugendhilfe.
hier: Neufassung (Überarbeitung, Aktualisierung)
8. Bebauungsplan Nr. 233-7 „Großer Stellweg, Nord“
 1. Beschluss über den Abwägungsvorschlag
 2. Satzungsbeschluss
9. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr 242-5 "Hospiz",
Beschluss des Durchführungsvertrages
10. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 242-5 „Hospiz“
 1. Beschluss über den Abwägungsvorschlag
 2. Satzungsbeschluss
11. Bebauungsplan Nr. 222-1 „Schmittsberg II“, 1. Änderung
 1. Beschluss über den Abwägungsvorschlag
 2. Satzungsbeschluss
 3. Satzungsbeschluss über örtliche Bauvorschriften nach § 81 HBO
12. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 282-1 „Kindertagesstätte Walter-Gropius-Allee“ und 23. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren
 1. Aufstellungsbeschluss
 3. Beteiligungsbeschluss
13. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 231-11 „Lebensmitteldiscountmarkt Heidelberger Straße 61“
 1. Beschluss über den Abwägungsvorschlag
 2. Satzungsbeschluss
14. Gewährung einer außerordentlichen Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock zum Ausgleich von Aufwendungen für Flüchtlinge und Asylsuchende
- (neu) 15. Antrag der CDU-Fraktion:
Änderung der Hauptsatzung – Umbenennung des Sozial- und Kulturausschusses
- (neu) 16. Einführung, Verpflichtung, Ernennung und Vereidigung eines ehrenamtlichen Beigeordneten

1. Zusammensetzung der Kommission für städtepartnerschaftliche und internationale Beziehungen

a) Benennung der Vertreter der Stadtverordneten-Versammlung durch die Fraktionen (Benennungsverfahren)

b) Wahl der Sachkundigen Einwohner

Bezug: Vorlage des Hauptamtes vom 23.05.2016

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Stv.-Vorsteher Schübeler sagte, dass nach dem Benennungsverfahren der CDU-Fraktion 3, der SPD-Fraktion 2 und der UBV-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen jeweils 1 Sitz zufallen werden.

Es gab keine Wortmeldungen.

Beschluss:

1. Die Stadtverordneten-Versammlung bestätigt, dass für die Entsendung der Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung in die Kommission für städtepartnerschaftliche und internationale Beziehungen das Benennungsverfahren Anwendung findet.
2. Die Stadtverordneten-Versammlung stimmt dem einheitlichen Wahlvorschlag für die Wahl der sachkundigen Einwohner zu.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 42 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Hauptamt, KFS-Büro

2. Betriebskommission des Viernheimer Forums der Senioren

Wahl der sachkundigen Einwohner

Bezug: Vorlage des Hauptamtes vom 04.05.2016

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Beschluss:

Die Stadtverordneten-Versammlung wählt folgende sachkundige Einwohner in die Betriebskommission des Forums der Senioren:

Im Gesundheitswesen erfahrene Person

<u>ordentliches Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>
1. Kempf, Wolfgang	N.N.

(Mitglieder caritativer Organisationen)

<u>ordentliches Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>
1. Miedniak, Jürgen (MHD)	Miedniak, Karin (MHD)
2. Gassenferth, Volker (Caritas)	Schmidem, Jutta (AWO)
3. Reinhard, Udo (Johanniter)	Klotz, Peter (Johanniter)
4. Dr. Hinrichs, Dagmar (Hospizverein)	N.N. (Hospizverein)

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 42 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Hauptamt, Forum der Senioren

3. Betriebskommission des Stadtbetriebes Viernheim hier: sachkundige Einwohner

Bezug: Vorlage des Hauptamtes vom 10.05.2016

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Beschluss:

Die Stadtverordneten-Versammlung wählt folgende sachkundige Einwohner als wirtschaftlich oder technisch besonders erfahrene Personen in die Betriebskommission des Stadtbetriebes Viernheim Dienstleistungen:

ordentliche Mitglieder

1. Simon Büchler
2. Armin Pajung

Stellvertreter

- Dirk Jukic
- Herbert Haas

Abstimmung: 42 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 42 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Hauptamt, SVD

4. Personalratswahlen im Stadtbetrieb Viernheim - Dienstleistungen hier: Änderung in der Zusammensetzung der Betriebskommission

Bezug: Vorlage des Eigenbetriebs Stadtbetrieb vom 19.05.2016

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung wählt entsprechend § 6 Ziffer 2 Nr. 3 des Eigenbetriebgesetzes in Verbindung mit § 7 Abs. 1 Ziffer 3 der Betriebssatzung die beiden Personalratsmitglieder Herr Klaus Eschelbach und Herr Stephan Blaeß als Vertreter des Personalrates des Stadtbetriebes Viernheim in der Betriebskommission.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 42 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Stadtbetrieb

5. Wahl der Vertreterin/des Vertreters der Stadt Viernheim in der Verbandsversammlung des Gewässerverbandes Bergstraße sowie der Stellvertreterin/des Stellvertreters

Bezug: Vorlage des Hauptamtes vom 09.05.2016

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Bürgermeister Baaß verkündete, dass man Stadtrat Wolk als Stellvertreter von Ersten Stadtrat Bolze vorschlage.

Beschluss:

- 1) Die Stv.-Versammlung wählt zum Vertreter der Stadt Viernheim in der Verbandsversammlung des Gewässerverbandes Bergstraße
Ersten Stadtrat Jens Bolze
- 2) Die Stv.-Versammlung wählt zu seinem Stellvertreter
Herrn Stadtrat Günter Wolk

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 42 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Hauptamt

6. Vergleich im Verwaltungsstreitverfahren Stadt ./ Land Hessen (Hess. VGH 2 A 138/15) betreffend Sanierungsanordnung nach Bundesbodenschutzgesetz für ehemalige Chem. Reinigung, Rathausstr. 33 und Revisionsschacht 542 im städtischen Straßengrundstück

Bezug: Vorlage des Hauptamtes vom 19.05.2016

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Dr. Ritterbusch sagte, dass der Ausschuss einstimmig dem Beschlussvorschlag zugestimmt habe. Man könne unter das Jahrzehnte laufende Verfahren nun einen Schlussstrich ziehen. Für die SPD-Fraktion sagte er, dass man zustimmen werde, da man froh sei, endlich Rechtsfrieden herzustellen. Die Verschmutzung werde Viernheim noch bis 2032 verfolgen. Er dankte der Verwaltung, im Besonderen dem Rechtsamtsleiter Herr Fleischer, dafür, dass man nicht so einer massiven Belastung ausgesetzt sei wie ursprünglich vom Land vorgesehen.

Stv. Bastian Kempf erklärte, dass die CDU-Fraktion mit Bauchschmerzen zustimmen werde, da man dennoch unverschuldet 1,6 Mio. € zahlen müsse. Man komme damit aber besser weg als ursprünglich vom Land geplant.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung widerruft nicht den vom Hessischen Verwaltungsgerichtshof am 15.3.2016 formulierten Vergleich.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 42 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Hauptamt, Kämmereiamt, Stadtwerke

7. Richtlinien über die Vergabe von Zuschüssen aus Mitteln des Haushaltsplanes der Stadt Viernheim für Jugendgruppen bzw. Jugendverbände im Rahmen der Jugendhilfe. hier: Neufassung (Überarbeitung, Aktualisierung)

Bezug: Vorlage des KUBUS vom 10.05.2016

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der Ausschussvorsitzende des Sozial- und Kulturausschusses Kruhmann sagte, dass der Ausschuss einstimmig dem Beschlussvorschlag zugestimmt habe. Die Richtlinien seien den Realitäten angepasst worden (z.B. die Mindestgruppengröße bei internationalen Fahrten).

Die CDU-Fraktion werde zustimmen.

Sodann wurde über den korrigierten Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschluss:

Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt die Neufassung der Richtlinien über die Vergabe von Zuschüssen aus Mitteln des Haushaltsplanes der Stadt Viernheim für Jugendgruppen bzw. Jugendverbände im Rahmen der Jugendhilfe.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 42 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: KuBuS / FB-Jugendförderung

8. Bebauungsplan Nr. 233-7 „Großer Stellweg, Nord“

1. Beschluss über den Abwägungsvorschlag

2. Satzungsbeschluss

Bezug: Vorlage des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung vom 23.05.2016

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der Vorsitzende des Ausschusses Umwelt, Energie, Bauen Bastian Kempf erläuterte, dass es einen ausführlichen Bericht zum Thema gegeben habe. Es sei nun durchgehend nur noch untergeordnetes betriebliches Wohnen zulässig. Der Ausschuss habe einstimmig zugestimmt. Es habe lediglich 2 Enthaltungen gegeben, da die Zeit nicht ausgereicht habe, die umfangreichen Unterlagen zu lesen.

Stv. Benz erklärte, dass sich die UBV-Fraktion die Situation vor Ort angeschaut habe. Es sei eine Unklarheit aufgefallen: Im Plan zum Bebauungsplanentwurf sei eine Stichstraße mit Wendehammer eingezeichnet. Im Text spreche man sich aber dafür aus, dieser so nicht zuzustimmen.

Er bat darum, zukünftig die Unterlagen früher zur Verfügung zu stellen, damit man sich damit ausführlich beschäftigen kann.

Die UBV-Fraktion werde mit Bauchschmerzen zustimmen.

1. Stadtrat Bolze erklärte, dass man über Baugrenzen und Baufenster berate. Man berate nicht über einzelne, aber der Übersichtlichkeit halber unter den Plan gelegte Grundstücksgrenzen. Teilungen von Grundstücken seien der Gemeinde nicht mehr vorzulegen. Deshalb sehe man die Stichstraße.

Ehrenstv. Winkenbach erklärte, dass es schlimmer hätte kommen können. Die Grünen hätten lange dafür gekämpft, die Wohnbebauung stärker zu begrenzen und das Industriegebiet als solches zu erhalten. Trotz der Fortschritte im Vergleich zum alten Plan ermögliche man nun Wohnbebauung.

Sodann wurde über den korrigierten Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt den Abwägungsvorschlägen über die eingegangenen Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan Nr. 233-7 „Großer Stellweg, Nord“ (Anlage 1, S. 4-40) zu.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 233-7 „Großer Stellweg, Nord“ in der vorliegenden Form (Anlage 2) als Satzung und billigt die Begründung/Umweltbericht hierzu (Anlage 3). Der Satzungsbeschluss ist gem. § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmung: 36 Ja-Stimme(n), 4 Gegenstimme(n), 2 Stimmenthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 42 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: ASU, BVLA, Wifö

Die TOPs 9 und 10 wurden gemeinsam beraten.

9. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr 242-5 "Hospiz", Beschluss des Durchführungsvertrages

Bezug: Vorlage des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung vom 23.05.2016

10. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 242-5 „Hospiz“

1. Beschluss über den Abwägungsvorschlag

2. Satzungsbeschluss

Bezug: Vorlage des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung vom 23.05.2016

Auf o.a. Vorlagen wird verwiesen.

Der Vorsitzende des Ausschusses Umwelt, Energie, Bauen Bastian Kempf dankte für die disziplinierte und emotionslose Beratung. Die Ausschussmitglieder seien dem Vorschlag gefolgt, nur noch die Details zu beraten, die geändert werden sollen. Themen waren der Baumbestand, die Stellplätze und der Durchführungsvertrag. Der Ausschuss habe den Beschlussvorschlägen bei einer Gegenstimme zugestimmt.

Für die CDU-Fraktion sagte er, dass man nun auf den letzten Metern sei, um das Projekt zu starten. Sicher komme man um den grundsätzlichen Bedarf einer solchen Einrichtung in Viernheim nicht herum. Das Projekt sei in guten Händen und als Parlamentarier fühle man sich gut mitgenommen. Deshalb werde man zustimmen.

Stv. Forg erklärte, dass die SPD-Fraktion das Projekt von Anfang an als Bereicherung gesehen habe. Die Bedarfszahlen, die vom Vorhabenträger vorgelegt wurden, bestätigen dies. Zudem seien die zahlreichen Forderungen umgesetzt worden (Geschosszahl, Erhalt von Bäumen bzw. Ersatzpflanzungen, 100.000 € für die Neuerichtung eines Spielplatzes). Die SPD-Fraktion werde deshalb zustimmen.

Stv. Benz sagte, dass man dieses Thema intensiv diskutiert habe. Die Stellplätze seien zwar nach der Stellplatzsatzung für ein „Altenheim“ ausreichend, allerdings könne die Stadt davon abweichen, falls die Gegebenheiten es verlangen. Die beiden Stellplätze seien absolut unzureichend, da die Parksituation in diesem Bereich schon jetzt schlecht sei. Auch das Argument der nahen Tiefgarage sei nicht schlüssig, da es auch hier problematisch sei, einen Parkplatz zu finden. Zur Spielplatzfrage erklärte er, dass man dies stärker hätte überdenken sollen, da es zwei Spielplätze in unmittelbarer Entfernung gebe.

Ehrenstv. Winkenbach erklärte, dass durch die lange Diskussion viele positive Elemente Aufnahme in den Durchführungsvertrag gefunden hätten. Es bleibe allerdings dabei, dass das Verfahren desaströs gewesen sei. Nur weil man ein Hospiz unbedingt in der Innenstadt wolle, rede man sich die Gegebenheiten schön. Der ursprüngliche Bebauungsplan sei beschlossen worden, um etwas Grün in der Innenstadt zu erhalten. Auch die umliegenden Spielplätze seien kein Ersatz für den nun wegfallenden. Man erhalte zwar Geld für einen Ersatz, allerdings sei kein Standort im Blick. Zudem habe man die wirtschaftlichen Zusammenhänge außer Acht gelassen, z.B. wie sich ein Viernheimer Hospiz auf das in Bensheim auswirke. Zudem las-

se man das bisherige grundsätzliche Planungsziel, Blockinnenbereiche zu erhalten, einfach so sausen.

1. Stadtrat Bolze korrigierte, dass es insgesamt 4 Stellplätze geben werde (2 für das Personal, 2 für Besucher).

Sodann wurde über die Beschlussvorschläge (korrigierte Version zu TOP 10) abgestimmt.

Beschluss zu TOP 9:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Abschluss des Durchführungsvertrages gemäß vorliegendem Entwurf in Verbindung mit dem Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 242-5 "Hospiz".

Abstimmung: 34 Ja-Stimme(n), 8 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 42 Stadtverordnete anwesend)

Beschluss zu TOP 10:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt den Abwägungsvorschlägen über die eingegangenen Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu (Anlage 1, Seite 1 bis 27).
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den vorliegenden Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 242-5 "Hospiz" (Anlage 2, 2a und 6) als Satzung und billigt die Begründung hierzu (Anlage 3).

Der Satzungsbeschluss ist gem. § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmung: 34 Ja-Stimme(n), 8 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 42 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: ASU, BVLA

11. Bebauungsplan Nr. 222-1 „Schmittsberg II“, 1. Änderung

1. Beschluss über den Abwägungsvorschlag

2. Satzungsbeschluss

3. Satzungsbeschluss über örtliche Bauvorschriften nach § 81 HBO

Bezug: Vorlage des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung vom 23.05.2016

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der Vorsitzende des Ausschusses Umwelt, Energie, Bauen Bastian Kempf sagte, dass der Ausschuss ohne Aussprache dem Beschlussvorschlag zugestimmt habe.

Stv. Benz sagte, dass die Änderungen in der Vorlage gut dargestellt seien. Er fragte, ob man nun von Einfamilienhausbau zu Gunsten von Geschossbauten abgewichen sei.

1. Stadtrat Bolze bestätigte, dass es viele textliche Änderungen und planerische Korrekturen zur Baurechtschaffung im Sinne der von den Gremien beschlossenen Grundstücksverkäufe (z.B. von Geschosswohnungsbau) gegeben habe.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt den Abwägungsvorschlägen über die eingegangenen Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der erneuten Beteiligung zum Bebauungsplan Nr. 222-1 „Schmittsberg II“, 1. Änderung (Anlage 1, S. 4-47) zu.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 222-1 „Schmittsberg II“, 1. Änderung in der vorliegenden Form (Anlage 2 und 2a) als Satzung und billigt die Begründung (Anlage 3) hierzu.
3. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die vorliegenden Gestaltungsvorschriften (Anlage 2a) gemäß § 81 HBO als Satzung.

Die Satzungsbeschlüsse sind gem. § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmung: Einstimmig, 7 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 42 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: ASU, BLVA

12. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 282-1 „Kindertagesstätte Walter-Gropius-Allee“ und 23. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren

1. Aufstellungsbeschluss

2. Beteiligungsbeschluss

Bezug: Vorlage des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung vom 23.05.2016

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der Vorsitzende des Ausschusses Umwelt, Energie, Bauen Bastian Kempf sagte, dass der Ausschuss ohne Aussprache dem Beschlussvorschlag zugestimmt habe.

Stv. Rihm erklärte, dass die SPD-Fraktion zustimmen werde, da es sich um ein planvolles Vorgehen handle, um ausreichend Betreuungsplätze zu schaffen. Wegen der steigenden Geburtenzahlen sei es angemessen, wenn die Kindertagesstätte bereits 2017 in Betrieb genommen werden könne. Zur Finanzierung habe man Mittel aus dem Investitionsprogramm von Bund und Land beantragt. Es gebe auch die Aussicht darauf, das Grundstück zu erwerben. Ein Lärmschutzgutachten habe nachgewiesen, dass der Abstand zur BAB angemessen sei. Das Gebäude solle eingeschossig mit Gruppenräumen für 2 Gruppen U3 und 4 Gruppen Ü3 entstehen. Wichtig sei es, dass es nicht nur funktional, sondern auch nachhaltig sei.

Stv. Benz fragte nach den Eigentumsverhältnissen, ob man das Grundstück nun kaufen oder pachten wolle und was mit der Freifläche auf dem Grundstück geschehe.

Bürgermeister Baaß antwortete, dass man einen Pachtvertrag geschlossen habe mit der Möglichkeit, das Grundstück später zu erwerben. Über die Nutzung der Freiflächen werde die Stadtverordneten-Versammlung zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden.

Sodann wurde über den korrigierten Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 282-1 "Kindertagesstätte Walter-Gropius-Allee" und gleichzeitig die Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren (23. Änderung).
Der Geltungsbereich befindet sich am südöstlichen Stadtrand von Viernheim und umfasst einen Bereich südlich der Walter-Gropius-Allee. Im Norden schließt das Baugebiet Bannholzgraben an; im Süden folgt die Bahnlinie der OEG und im Westen schließen die Gebäude und Freiflächen der Metropolitan International School (MIS) und die Eissporthalle an. Das Planungsgebiet umfasst in der Flur 62 die Flurstücke 51 und 52 (jeweils teilweise). Es ist im beiliegenden Übersichtsplan (Anlage) dargestellt.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die frühzeitige Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB in der Form einer Offenlage durchzuführen. Des Weiteren sind die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB zu beteiligen.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 42 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: ASU, BVLA

13. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 231-11 „Lebensmitteldiscountmarkt Heidelberger Straße 61“

1. Beschluss über den Abwägungsvorschlag

2. Satzungsbeschluss

Bezug: Vorlage des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung vom 23.05.2016

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der Vorsitzende des Ausschusses Umwelt, Energie, Bauen Bastian Kempf sagte, dass der Ausschuss dem Beschlussvorschlag zugestimmt habe. Die Erweiterung diene der besseren räumlichen Aufteilung, wie ALDI es derzeit in allen Filialen im Bundesgebiet mache.

Die CDU-Fraktion werde zustimmen.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt den Abwägungsvorschlägen über die eingegangenen Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan Nr. 231-11 „Lebensmitteldiscountmarkt Heidelberger Straße 61“ (Anlage 1, S. 1-11) zu.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 231-11 „Lebensmitteldiscountmarkt Heidelberger Straße 61“ in der vorliegenden Form (Anlage 2 und 2a) und billigt die Begründung (Anlage 3) hierzu.

Der Satzungsbeschluss ist gem. § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 42 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: ASU, BVLA, WiFö, OA

14. Gewährung einer außerordentlichen Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock zum Ausgleich von Aufwendungen für Flüchtlinge und Asylsuchende

Bezug: Vorlage des Kämmereiamtes vom 24.05.2016

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Auszug: Kämmereiamt

(neu) 15. Antrag der CDU-Fraktion:

Änderung der Hauptsatzung – Umbenennung des Sozial- und Kulturausschusses

Bezug: Antrag der CDU-Fraktion

Der Vorsitzende des Sozial- und Kulturausschusses Kruhmann berichtete, dass seitens der UVB-Fraktion angeregt worden sei, es beim alten Namen zu belassen und nur neu „Integration“ in die bisherige Klammer aufzunehmen.

Für die CDU-Fraktion sagte er, dass man sich dem UVB-Vorschlag anschließe. „Integration“ sei – auch wenn es in Viernheim viele andere Mitstreiter wie die Katholischen Kirchengemeinden bei der Flüchtlingsproblematik gebe – ein Thema, das die Kommunalpolitik ernst nehmen und sich damit dauerhaft beschäftigen müsse.

Bezüglich der ursprünglich beantragten Aufnahme von „Bürgerbeteiligung“ in die Ausschussbezeichnung meinte er, einen Stillstand seit 5 Jahren beobachten zu können. Es bewege sich auf diesem Sektor zu wenig. Ein Beweis dafür sei die miserable Viernheimer Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen am 6. März 2016 und das Erstarken der UBV, die eine mangelhafte Einbindung der Bevölkerung im Wahlkampf erfolgreich thematisierte und damit auf Anhieb sogar zur drittstärksten Fraktion wurde. Man könne Beteiligungsaktivitäten nicht den einzelnen Fraktionen überlassen, sondern müsse die von der Bevölkerung gefühlte Passivität in der neuen Legislaturperiode endlich von Verwaltungsseite her beseitigen. Überparteiliche Konzepte seien notwendig. Als konkrete Stillstand-Beispiele benannte der CDU-Stadtverordnete das Ausfallen des aktuellen Vereinsfrühschoppens zum Thema „Vereine und Integration“ und die zahlenmäßig unbefriedigende Mitarbeit von nur 3 Jugendgruppen (bei in Viernheim vorhandenen 48 Gruppen) zum Thema Novellierung „Richtlinien für die Zuschussvergabe“ (siehe TOP 7 der heutigen Sitzung). Diese Frage müsse die direkt betroffenen Jugendlichen doch brennend interessieren und aktivieren.

Bürgermeister Baaß entgegnete, dass das von Stv. Kruhmann soeben gezeichnete Bild keinesfalls der gelebten Realität entspreche. Das Format des Vereinsfrühschoppens sei eine überaus erfolgreiche Veranstaltungsreihe mit hoher Beteiligung. Die letzte Veranstaltung sei auf Juli verschoben. Die örtlichen Jugendgruppen seien hoch zufrieden mit dem Umstand, dass die Arbeit der Jugendverbände nach wie vor gefördert werde. Offenbar sei Stv. Kruhmann über die Arbeit, die regelmäßig in der Streuerungsgruppe Bürgerkommune mit Vertretern der Fraktionen erörtert werde, nicht hinreichend informiert. Als weiteres Beispiel benannte der Bürgermeister das offenbar völlig vergessene Beteiligungsforum zur Zukunft der Musikschule, dessen Handlungsempfehlungen Eingang fanden in das umfassende Konzept „Musikschule 18“. Letzteres sei derzeit erfolgreich in der Umsetzungsphase.

Stv. Schäfer sagte, dass man dem geänderten Beschlussvorschlag zustimmen werde. Er betonte, dass es die Bürger nicht interessiere, wie die Ausschüsse heißen. Es komme vielmehr auf die Qualität der politischen Arbeit an.

Stv. Bastian Kempf sagte, dass man den Grund für die Absage des Vereinsfrühstüppens schon nennen müsse. Der Grund liege vielleicht tiefer. Die UBV sei wegen der fehlenden Bürgerbeteiligung angetreten und habe gut abgeschnitten. Das Thema müsse dringend in die Hand genommen werden.

Stv. Dr. Stülpner freute sich darüber, dass die CDU-Fraktion seinen Vorschlag aus der Sitzung des Sozial- und Kulturausschusses aufgenommen hätte. Es gebe einen Stillstand und die UBV werde weiterhin die Bürger befragen. Es komme ihm so vor, dass sich nun die CDU-Fraktion das Thema Bürgerbeteiligung auf die Fahne schreiben wolle.

Stv. Weißenberger erinnerte an die Bürgerbeteiligung zum Thema Rathaus. Dieses Thema sei wieder in der Schublade gelandet.

Beschluss:

Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt:

17. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Viernheim

Aufgrund der §§ 5 und 51 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.07.2014 (GVBl. I S. 178) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Viernheim in ihrer Sitzung am 10.06.2016 folgende 17. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung Stadt Viernheim vom 28.04.1981 beschlossen:

Artikel 1

§ 2 Absatz 1 b) der Viernheimer Hauptsatzung lautet künftig wie folgt: „**Sozial- und Kulturausschuss (Integration, Sport, Bildung, Jugend und Familie)**“

Artikel 2

Die Änderung tritt am 01.07.2016 in Kraft.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 42 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Hauptamt, Ausschussbetreuung

(neu) 16. Einführung, Verpflichtung, Ernennung und Vereidigung eines ehrenamtlichen Beigeordneten

Die Einführung und Verpflichtung des neuen Beigeordneten Thomas Klauer erfolgte durch Stadtverordneten-Vorsteher Norbert Schübeler.

Die Ernennungsurkunde über die Berufung des ehrenamtlichen Beigeordneten in ihr Amt wurde durch Bürgermeister Baaß überreicht.

Vor dem Stadtverordneten-Vorsteher legte Herr Klauer ordnungsgemäß folgenden Diensteid ab:

"Ich schwöre, dass ich das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung des Landes Hessen sowie alle in Hessen geltenden Gesetze wahren und meine Pflichten gewissenhaft und unparteiisch erfüllen werde, so wahr mir Gott helfe."

Abschließend verwies Stadtverordneten-Vorsteher Schübeler darauf, dass in der nächsten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am 08.07.2016 die ausgeschiedenen Mitglieder aus Stadtverordneten-Versammlung und Magistrat verabschiedet werden sollen.

ENDE DER SITZUNG: 20:30 Uhr

DER STV.-VORSTEHER:

gez.: S c h ü b e l e r

(Norbert Schübeler)

DER SCHRIFTFÜHRER:

gez.: H a a s

(Philipp Haas)

F.d.R.d.A.

(Oberinspektor)

INHALTSVERZEICHNIS

1. Zusammensetzung der Kommission für städtepartnerschaftliche und internationale Beziehungen
 - a) Benennung der Vertreter der Stadtverordneten-Versammlung durch die Fraktionen (Benennungsverfahren)
 - b) Wahl der Sachkundigen Einwohner
2. Betriebskommission des Viernheimer Forums der Senioren
Wahl der sachkundigen Einwohner
3. Betriebskommission des Stadtbetriebes Viernheim
hier: sachkundige Einwohner
4. Personalratswahlen im Stadtbetrieb Viernheim - Dienstleistungen
hier: Änderung in der Zusammensetzung der Betriebskommission
5. Wahl der Vertreterin/des Vertreters der Stadt Viernheim in der Verbandsversammlung des Gewässerverbandes Bergstraße sowie der Stellvertreterin/des Stellvertreters
6. Vergleich im Verwaltungsstreitverfahren Stadt ./ Land Hessen (Hess. VGH 2 A 138/15) betreffend Sanierungsanordnung nach Bundesbodenschutzgesetz für ehemalige Chem. Reinigung, Rathausstr. 33 und Revisionsschacht 542 im städtischen Straßengrundstück
7. Richtlinien über die Vergabe von Zuschüssen aus Mitteln des Haushaltsplanes der Stadt Viernheim für Jugendgruppen bzw. Jugendverbände im Rahmen der Jugendhilfe.
hier: Neufassung (Überarbeitung, Aktualisierung)
8. Bebauungsplan Nr. 233-7 „Großer Stellweg, Nord“
 1. Beschluss über den Abwägungsvorschlag
 2. Satzungsbeschluss
9. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr 242-5 "Hospiz",
Beschluss des Durchführungsvertrages
10. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 242-5 „Hospiz“
 1. Beschluss über den Abwägungsvorschlag
 2. Satzungsbeschluss
11. Bebauungsplan Nr. 222-1 „Schmittsberg II“, 1. Änderung
 1. Beschluss über den Abwägungsvorschlag
 2. Satzungsbeschluss
 3. Satzungsbeschluss über örtliche Bauvorschriften nach § 81 HBO
12. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 282-1 „Kindertagesstätte Walter-Gropius-Allee“ und 23. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren
 1. Aufstellungsbeschluss
 3. Beteiligungsbeschluss
13. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 231-11 „Lebensmitteldiscountmarkt Heidelberger Straße 61“
 1. Beschluss über den Abwägungsvorschlag
 2. Satzungsbeschluss
14. Gewährung einer außerordentlichen Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock zum Ausgleich von Aufwendungen für Flüchtlinge und Asylsuchende
- (neu) 15. Antrag der CDU-Fraktion:
Änderung der Hauptsatzung – Umbenennung des Sozial- und Kulturausschusses
- (neu) 16. Einführung, Verpflichtung, Ernennung und Vereidigung eines ehrenamtlichen Beigeordneten